



Erhards Erben

Peter Altmaier ist ein schwacher **Wirtschaftsminister**. Doch das liegt nicht nur an ihm, sondern auch am Mythos des Hauses: Der hat noch keinem Nachfolger des Übervaters der sozialen Marktwirtschaft Glück gebracht.

TEXT SVEN BÖLL, MAX HAERDER



Hall of Fading Fame
In der Ahnengalerie des Bundeswirtschaftsministeriums wird vor allem der Übervater Ludwig Erhard gefeiert

Peter Altmaier wollte eine Art Ludwig Erhard des 21. Jahrhunderts werden, das Wirtschaftsministerium zu einer Supermacht ausbauen, auf Augenhöhe mit dem Finanzminister regieren. Das war der Plan. Im März 2018.

Heute ist Altmaier der Mann, der dabei zusehen muss, wie in der Berliner Gerüchküche ständig neue Nachfolger genannt werden: Jens Spahn? Oder doch Friedrich Merz? Und er ist der Wirtschaftsminister, dem der Mittelstand beispiellos offen und harsch entgegenhält, er beschädige mit seiner „Nationalen Industriestrategie“ das Amt.

Es ist ein tiefer Fall. Dabei hätte Altmaier gewarnt sein können, dass seine Ansprüche unrealistisch sind. Wenn er sich bei seinen Vorgängern erkundigt hätte.

Als Sigmar Gabriel 2017 die Chance hatte, ins Außenministerium zu wechseln, nutzte er sie – und wurde plötzlich beliebt.

Als Rainer Brüderle 2011 den Job abgab, um FDP-Fraktionschef zu werden, begann die einflussreichste Zeit seiner Karriere.

Und als Helmut Haussmann bei der 100-Jahr-Feier des Ministeriums im Frühjahr an der Ahnengalerie vorbeikam, dachte er: „Meinen Nachfolgern ging es auch nicht viel besser als mir.“

Wer als Wirtschaftsminister in der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt vereidigt wird, verfügt über Prestige und Einfluss. Könnte man meinen. Doch das Amt bringt wenig Erfüllung – und einigen sogar Pech oder den politischen Niedergang.

Aber warum ist das so? Warum reichte keiner seiner Nachfolger an den Übervater Ludwig Erhard heran? Wie kommt es, dass der jeweils amtierende Hausherr meist nur noch Zuschauer ist, aber kein respektierter Schiedsrichter mehr? Warum kann er nur fordern, aber fast nichts durchsetzen?

Es ist Zeit für eine Spurensuche. Zeit, für eine Zwischenbilanz mit Peter Altmaier (siehe Interview Seite 30). Zeit für Gespräche mit Kennern des Hauses: mit Ökonomen Staatssekretären – und ehemaligen Ministern. Wer sie trifft, reist in Orte wie Goslar, Bad Urach oder Priesenstadt. Und erfährt viel über ordnungspolitische Orientierungs- und Glücklosigkeit.

Am Ende, so viel vorweg, steht eine Bilanz des langsamen, stetigen Abstiegs. Das einst machtvolle Ministerium macht einen, man muss es so sagen: ziemlich herunterge-

wirtschafteten Eindruck. Der Reformeifer des Ressorts ist verblichen. Seine ordnungspolitische Strahlkraft ein Abglanz früherer Tage. Im Haus regiert keine Vision der Zukunft. Sondern verwalteter Alltag.

Das Mythos-Problem

An einem Nachmittag Mitte Juni vergangenen Jahres ist die Welt des Peter Altmaier noch wohlgefügt. Im Foyer des Wirtschaftsministeriums hat er gerade die neue Ahnengalerie enthüllt. Die goldglänzenden Rahmen, in die seine Vorgänger gefasst sind, hat er selbst ausgewählt.

Die Hängung, mit Ludwig Erhard im Zentrum, ist seine Idee. Auch der Saal, in dem er nun spricht, heißt seit wenigen Minuten nach dem Urahn. Und als wäre das nicht der Würdigung genug, wird unter der Kuppel das dort ebenfalls verewigte Bild Erhards eigens mit einem Lichtspot herausgestellt.

Altmaier, ganz Nachlassverwalter, Fackelträger, Huldiger, sieht beseelt aus. Und so spricht er auch. Gefeierte 70 Jahre soziale Marktwirtschaft. Aber eigentlich spricht Altmaier einen „modernen Helden“ heilig, „unerreicht und unvergleichlich“, der „da oben über uns wacht, damit wir nicht vom Weg abkommen“.

Nun ja, nicht alle Wünsche gehen in Erfüllung.

Der Siegener Ökonom Nils Goldschmidt benutzt ein sehr neudeutsches Wort, um die Bedeutung und die Wirkung Erhards zu beschreiben: *benchmark*. In der bundesdeutschen Geschichte gebe es kein anderes Ministerium, das von einer Figur „derart geprägt“ worden, von der Aura eines einzigen Mannes „geradezu durchdrungen“ sei wie eben dieses Haus vom „Vater der sozialen Marktwirtschaft“.

Wohlstand. Für alle. In diesen drei Worten steckt für Goldschmidt, der auch Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft ist, ein politisches Programm. Erhard habe „Wohlstand“ nie nur schlicht-materiell verstanden, stets als ein buchstäblich sinnvolles Eingebettetsein in die Gesellschaft, in Beruf und Familie. Und „für alle“ – dieser Imperativ sei doch so aktuell wie lange nicht. Prekarisierung? Ungleichheit? Mangelnde Chancengerechtigkeit? Die Antwort: Wohlstand für alle!

Deshalb, meint Goldschmidt, „sollte man ihn immer wieder lesen“. Nicht, weil ▶

der Wirtschaftswundertext als direkte Handlungsanweisung dienen könne, als jederzeit nachzubetendes Mantra, vielmehr als „Gedankenhorizont“. Zur Orientierung, Vergewisserung. Und Mahnung. Altmaiers „Nationale Industriestrategie“ etwa, da ist Goldschmidt sicher: Erhard „wäre entsetzt gewesen über diesen Neo-Merkantilismus“.

Das ist ein Teil von Altmaiers Tragik: dass er Erhard wortreich überhöht, sich von Herzen mit ihm schmückt – obwohl er spürt, sich von ihm emanzipieren zu müssen. Der entgrenzten, globalisierten Wirtschaft ist mit nationaler Ökonomie nicht mehr beizukommen; die Kapitalmärkte sind zumindest teilweise pervertiert.

Einen Minister beschäftigen nicht mehr brave, verwurzelte Kleinunternehmen, sondern aggressive, heimatlose Digitalmonopolisten, deren Feld die Welt ist. Geld hat keinen Preis mehr und braves Sparen keinen Sinn – und die Bundesrepublik muss längst nicht mehr aus Weltkriegsruinen auferstehen, sondern einen Weltklasse-Sozialstaat finanzieren.

Angesichts dieser Umbrüche ist es keine Schande, als Regierender schon einmal durcheinanderzugeraten. Für Altmaier mag das kein Trost sein. Eher schon, dass das Haus und seine Geschichte auch seine Vorgänger selten erfüllte.

Das hat gleich mehrere Gründe.



Das Kompetenz-Problem

Wer Helmut Haussmann trifft, begibt sich auf eine Reise in die alte Bundesrepublik. Der FDP-Politiker wurde 1988 Wirtschaftsminister, als die Deutsche Einheit ferner denn je schien. Und in seinem Wohnort Bad Urach, rund 40 Kilometer südöstlich von Stuttgart, scheint die Zeit stehen geblieben zu sein. Im Café gibt es ein Stück Erdbeertorte, das locker als vollwertige Mahlzeit durchgehen könnte. Und „ein Klacks“ Sahne bedeutet hier: ein halber Teller.

Weil Haussmann bei der Frage nach dem schönsten Erlebnis seiner Amtszeit lange nachgedacht und trotzdem keine Antwort gegeben hat, steht nun die Bilanz seiner zwei Jahre im Raum. „Es ist ja nicht so, dass man gar nichts machen kann als Wirtschaftsminister“, sagt der freundliche Herr von 76 Jahren. „Aber eben viel weniger, als man denkt – und als alle von einem erwarten.“ Deshalb sei er selbst ernüchtert gewesen.

Als die Mauer fiel, plädierte Haussmann für eine langsame Wirtschaftsunion und warnte vor den Folgen eines zu freundlichen Umtauschkurses von Ost- und D-Mark. Rückblickend weiß er nicht mal mehr, ob ihm überhaupt jemand zuhörte. Was er noch weiß: Kanzler Helmut Kohl klärte alle wichtigen Entscheidungen mit dem Finanzminister. Die Wirtschafts- und Währungsunion kam dann sehr schnell.

Haussmann erlebte damals jenes Rendezvous mit der Realität, das viele seiner Vorgänger und wohl alle Nachfolger erleiden mussten: Der Wirtschaftsminister beobachtet das politische Spiel nur, sitzt auf der Tribüne, macht hin und wieder ordnungspolitische Zwischenrufe. Wenn er Glück hat, blicken Kanzler und Finanzminister kurz auf. In der Regel aber ignorieren sie ihn.

Dass der Wirtschaftsminister vom Spielfeld auf die Tribüne verbannt wurde, hat viel mit dem Verlust an Kompetenzen zu tun. Zu Erhards Zeiten, als es noch Ressortchefs für Angelegenheiten der Vertriebenen und für den Marshallplan gab, war der Wirtschaftsminister eines der wichtigsten Mitglieder im Kabinett – und dem Finanzkollegen ebenbürtig.

Wie außergewöhnlich die Machtfülle Erhards in den Fünfzigerjahren war, zeigt sich auch daran, dass die Verzweigung des Hauses noch zu seiner Amtszeit begann –

„Der Staat ist das letzte Mittel“

Wirtschaftsminister **Peter Altmaier** (CDU) verteidigt seine Industriestrategie, umschmeichelt den Mittelstand – und will den Soli-Streit ein für alle Mal lösen.

TEXT SVEN BÖLL, SOPHIE CROCOLL, MAX HAERDER

Herr Altmaier, seit Sie Ihre Industriestrategie vorgelegt haben, vergeht fast kein Tag, an dem nicht irgendein Unternehmer Sie kritisiert. Wie sehr schmerzt es Sie, dass ausgerechnet die Wirtschaft den Wirtschaftsminister attackiert?

Mit der Industriestrategie ist es mir gelungen, die Wirtschaftspolitik endlich wieder ins Zentrum der politischen Debatte zu holen. Dafür erhalte ich Zustimmung und Kritik. Letztere gehört dazu, denn niemand in der Politik bekommt für einen Vorschlag ungeteiltes Lob. Das schafft nicht mal Robert Habeck.

Sie wollten also extra provokant sein?

Ich wollte eine Debatte auslösen – und zwar zu einer zentralen Überlebensfrage für Deutschland und Europa: Wir haben verlernt, über die Voraussetzungen unseres Wohlstands und die notwendigen Maßnahmen zu dessen Erhalt zu diskutieren. Diese Debatte ist in den vergangenen Jahren entschieden zu kurz gekommen.

Und woran machen Sie das fest?

Unter den zehn größten an der Börse notierten Unternehmen der Welt findet sich kein europäisches. Unter den Top 100 rangiert das erste deutsche auf Platz 60. Und alle großen Internetkonzerne kommen aus den USA und aus China. Das muss uns doch zu denken geben. Immerhin haben die vergangenen

mit der Gründung des Entwicklungshilfeministeriums 1961. Weitere Zuständigkeiten gingen an das Bildungsressort. Handelsfragen wanderten zur EU. „Inzwischen ist es weniger das Bundeswirtschaftsministerium als das Bundesministerium für Halb- und Viertelzuständigkeiten“, sagt ein Exstaatssekretär.

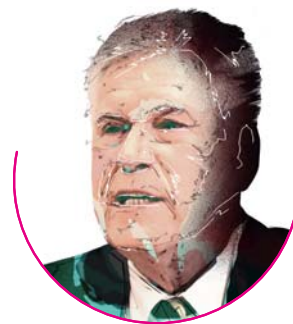
Also BMHV statt BMWi.

Kein Ressort baute seine Macht derart zulasten des Hauses aus wie das Finanzministerium. Den ersten Schlag gab es Anfang der Siebzigerjahre – ausgerechnet nach einer kurzen Blütezeit unter Finanz- und Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD). Als beide Apparate wieder getrennt wurden, blieben wichtige Zuständigkeiten im Finanzministerium, voran die Abteilung Geld und Kredit, die unter anderem Banken und Versicherungen beaufsichtigte und sich um die internationale Finanzpolitik kümmerte.

Als ähnlich katastrophal erwiesen sich die Allmachtsfantasien von Oskar Lafontaine. Als der damalige SPD-Chef 1998 Finanzminister wurde, baute er das Ressort zum Nebenzkanzleramt aus – und bereicherte sich vor allem beim Wirtschaftsministerium.

Unter anderem wanderte die Grundsatzabteilung ab, die Erhard als Denkfabrik etabliert hatte und darüber wachte, dass alle Ressorts die ordnungspolitischen Grundsätze einhalten. Ins Finanzministerium verlagert wurden auch Zuständigkeiten in der Europapolitik. Damit verlor das Wirtschaftsressort auch seine Rolle als *das* Europa-Ministerium.

Lafontaine blieb nur eine Episode, aber von einem Teil seiner Beute profitiert noch sein späterer Nachfolger Olaf Scholz. Ein früherer Top-Beamter sagt es so: „Im Wirtschaftsministerium zu arbeiten heißt: Man rudert, rudert und rudert – und kriegt trotzdem fast nichts durch.“



Das Macht-Problem

Natürlich könne man vorbeikommen, sagt Michael Glos am anderen Ende der Leitung. Geht es nächsten Freitag? Moment, da müsse er mal eben in seinen Kalender gucken. Er ruft dann seiner Frau zu: „Sind wir nächsten Freitag da?“ Sie antwortet: „Nein, da machen wir doch mit den Enkeln Urlaub.“ Glos sagt ins Telefon: „Da kann ich leider nicht.“ Dann eben eine Woche später.

Glos empfängt in seinem jahrhundertalten, wunderschön renovierten Haus im malerischen Prichsenstadt. Hier, in seiner Heimat Unterfranken, fühlte sich der Müllermeister schon früher am wohlsten. Und tut es immer noch. Schlechte Laune, so scheint es, kann ihm nur machen, wer nach dem 31. Oktober 2005 fragt. Damals musste Glos über Nacht als Wirtschaftsminister einspringen, weil Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, der ewige Zauderer, in letzter Minute vor dem Wechsel nach Berlin zu-



Wochen gezeigt, dass es leichter ist, meine Vorschläge zu kritisieren, als bessere zu machen. Zum Glück sind wir in der Debatte nun weiter.

Inwiefern?

Vor Kurzem gab es beim Kongress zur Industriestrategie im Bundeswirtschaftsministerium zwar Kritik im Detail, aber von allen Unternehmensvertretern, Gewerkschaftern und Wissenschaftlern wurde meine Initiative begrüßt. Es bestand Einigkeit, dass die Debatte zur Industriepolitik geführt werden muss. Und alle wollen an der Konkretisierung der Strategie mitarbeiten. Das ist gut, weil wir gemeinsam über die zentralen Weichenstellungen entscheiden.

Die Kritik ist allerdings vielfältig. Die Mittelständler bemängeln, dass es in Ihrem Papier vor allem um Großkonzerne geht.

Ich habe bewusst einen knappen Aufschlag von 16 Seiten vorgelegt, weil ich mich auf die Dinge konzentrieren wollte, die falsch laufen – etwa im Wettbewerb mit China oder den USA. Ich habe den Mittelstand sogar positiv gewürdigt, allerdings nur kurz. Denn der Mittelstand ist nicht das Problem. Im Gegenteil: Der Mittelstand funktioniert bestens und stand deshalb nicht im Zentrum des Papiers.

Aber es ist eben der Eindruck entstanden, Sie würden ihn ignorieren.

rückschreckte. „Du musst es machen“, hieß es. Und Glos machte es. Es wurden die wahrscheinlich lustlosesten Jahre eines deutschen Ministers.

„Es gibt zwei Arten von Politikern“, erklärt Glos, „die Macht- und die Show-Menschen.“ Er habe immer zur ersten Kategorie gehört, wollte keine wirkungslosen Reden halten oder bei all den Verbandsleuten kaum erfüllbare Wünsche einsammeln. Das war Zeitverschwendung im Vergleich zu den fast 13 Jahren davor. Da war Glos Landesgruppenvorsitzender der CSU im Bundestag. Kein Koalitionsausschuss, keine wichtige Entscheidung, bei der er nicht dabei war.

Macht besitzt in der Politik nicht nur, wer wie Glos an entscheidender Stelle sein Veto einlegen kann. Einfluss hat auch, wer als Minister Gesetze schreiben oder Geld verteilen kann. Im Optimalfall kommt beides zusammen. Der Wirtschaftsminister kann weder das eine noch das andere richtig.

Andere machen mehr Gesetze – und legen die großen Investitionsprogramme auf. Der Wirtschaftsminister hat gerade einmal acht Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Das entspricht nur zwei Prozent des Bundeshaushalts.

Davon geht allein für Personal und Verwaltung rund eine Milliarde Euro drauf. Der Rest wird im Rahmen oft kleinteiliger und häufig zweifelhafter Förderprogramme ver-

kleckert. Das Ministerium, das eigentlich die Selbstbeschränkung des Staates gegenüber der Wirtschaft predigen soll, hat sich zu einem seltsamen Subventionsverteiler entwickelt.

Unter anderem spendiert es knapp vier Millionen Euro für die „Vermittlung sozialer Kompetenz in der Ausbildung“, 25 Millionen Euro für Innovationsbeihilfen im Schiffbau, 44 Millionen Euro für die „Einführung und Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechniken“ bei Mittelständlern. Und zig Millionen für die „Errichtung einer Stadtbahn in Ho-Chi-Minh-Stadt“ gibt es obendrauf.

Der Wirtschaftsminister ist längst mehr Weihnachtsmann als Ordnungspolitiker. In der Rolle wird man ständig hofiert, aber selten respektiert. Auch das trug dazu bei, dass Glos 2009 sein Amt so spontan hinschmiss, wie es ihm zugefallen war. „Ich bin wieder ein freier Mensch“, sagte er damals.



Das Realpolitik-Problem

Eines müsse er gleich mal loswerden, sagt Sigmar Gabriel. „Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht“ – dieser Satz eines seiner Vorgänger habe gestaltende Industriepolitik leider zum „Unwort“ degradiert. Ein Fehler, findet er. Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft würden natürlich auch im Ministerium gleichen Namens gestaltet. Was er nicht sagt, aber meint: Sonst hätte er das Amt 2013 doch gar nicht übernommen.

Das tut mir außerordentlich leid. Die überarbeitete Fassung wird anders aussehen. Die Bedeutung des Mittelstands wird deutlich herausgestellt werden.

Hört man sich in Ihrem Haus um, sagen die Leute: Hätte der Minister das Papier nicht selbst geschrieben, sondern uns gefragt, wäre das nicht passiert.

Darf ich diese Legende ein für alle Mal richtigstellen?

Bitte.

Bereits im Spätsommer habe ich mich mit den zuständigen Abteilungen im Ministerium ausgetauscht. Es gab Zulieferungen aus dem Haus, die sich im Papier an vielen Stellen wiederfinden. Über den aus meiner Sicht besten Zeitpunkt der Veröffentlichung habe in der Tat ich entschieden und die Strategie kurz davor überarbeitet und finalisiert. Ein Minister muss den Mut haben, Verantwortung für Konzepte zu übernehmen. Und ich stelle fest, dass wir schon sehr lange nicht mehr so aktiv über Wirtschafts- und Industriepolitik diskutiert haben.

In einem Satz bitte: Was bedeutet Ordnungspolitik?

Dafür zu sorgen, dass die Kräfte des Marktes sich entfalten können.

Ist es dafür notwendig, dass der Staat sich zeitweise an Firmen beteiligt, wenn ausländische Konzerne sie übernehmen wollen und sich kein europäischer Investor findet? So steht es in Ihrer Strategie.



Gabriel hat ein Treffen in Goslar vorgeschlagen, in seinem zweiten Wohnzimmer, dem „Café am Markt“. Er nippt am Darjeeling. Warum Wirtschaft? Er lächelt. Wäre er Finanzminister geworden, hätte seine Mutter aus Angst um ihre Ersparnisse ihr Geld in die Schweiz gebracht. Aber im Ernst: „Man muss etwas mit dem Amt anfangen können.“ Der Umgang mit Industrie und Mittelstand habe ihn „seit jeher interessiert“, er ist sogar Ehrenobermeister des Handwerks.

Als Minister erklärte Gabriel gleich zu Beginn in einer Rede, die Ordoliberalen seien für einen Mindestlohn und hohe Erbschaftsteuern eingetreten: „Da war Stille im Saal.“ Er grinst. „Die Ordoliberalen waren schlaue Leute. Man muss nur mal mehr lesen als die Klappentexte.“ Das Erzeugen von Reibung – Gabriel liebt es bis heute.

Im Amt wurde er gerne grundsätzlich, liebte das scheinbar Paradoxe: Markt und Staat, Freiheit *durch* Regeln, Industrie mit Politik, Kapitalismus *für* den Sozialstaat. Das war sein Sound. Gabriel initiierte industriepolitische Dialoge, begann die Debatte um eine Schärfung der außenwirtschaftlichen Instrumente bei Übernahmen aus dem Ausland, die Altmaier zu Ende führte.

Er interpretierte seine Rolle interventionistisch, sozial, herzenswarm. Weil er glaubte, Tausende Jobs zu retten, mischte er bei der Übernahme der Supermärkte von

Kaiser's/Tengelmann mit. „Mir hat es Spaß gemacht“, sagt Gabriel. Es klingt ehrlich.

Der Wirtschaftsminister Gabriel war vor allem Real- statt Ordnungspolitiker. Er wusste, dass Ordnungspolitik im Berliner Alltag oft nicht viel mehr als ein Feigenblatt ist. Klar, es wird gern sonntags drüber geredet. Aber montags muss man sich zu Donald Trump verhalten, nicht zu Walter Eucken.

Hat der parteilose Wirtschaftsminister Werner Müller Ende der Neunzigerjahre verhindert, dass der Baukonzern Holzmann staatliche Kredite bekam, die seinen Fortbestand nur verlängern, aber nicht dauerhaft sichern konnten? Nein.

Hätte der CSU-Star a.D. Karl-Theodor zu Gutenberg seinen Widerstand gegen Staatshilfen für Opel durchgehalten, wenn es tatsächlich zum Schwur gekommen wäre und General Motors seinen Verkaufsplan nicht verworfen hätte? Kaum.

Half es dem FDP-Ressortchef Philipp Rösler, dass er bei der Pleite der Drogeriemarktkette Schlecker achselzuckend auf den Markt verwies und meinte, es werde schon eine „Anschlussverwendung“ für die Schlecker-Frauen geben? Eher im Gegenteil.

Die Beispiele zeigen: Egal, wie man es macht, man macht es falsch als Wirtschaftsminister. Was für den einen ordnungspolitisch geboten ist, gilt anderen als ignorante Hartherzigkeit. Und wer beherzt eingreift,

fördert, reguliert und rettet, wird als Grab-schänder Erhards beschimpft.



Das Chef-Problem

Als Brigitte Zypries im Januar 2017 als erste Frau die Spitze des Ministeriums erklomm, war sie selbst am meisten von der Beförderung überrascht. Sie hatte sich im politischen Ausklingsbecken gemütlich eingerichtet. Als eine von drei Parlamentarischen Staatssekretären des Ressorts kümmerte sie sich um die Luft- und Raumfahrt.

Zypries wurde Gabriel-Nachfolgerin, weil sie da war. Und weil die Legislaturperiode nur noch wenige Monate dauerte. Sie sollte verwalten, nicht gestalten. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass sie angesichts der schleppenden Regierungsbildung nach der Wahl im Herbst 2017 deutlich länger im Amt war als geplant: fast 14 Monate.

Und so ist es seit Langem Realität. Der Staat hält seit 50 Jahren Anteile an Airbus, er ist noch an der Telekom und Post beteiligt, die Deutsche Bahn gehört ihm ganz, Volkswagen zu einem beträchtlichen Teil. Das wird alles akzeptiert, weil es historisch gewachsen ist. Deshalb sollte es auch künftig als letztes Mittel möglich sein, dass der Staat einsteigt, wenn unsere technologische Souveränität auf dem Spiel steht.

Ist es ordnungspolitisch notwendig, eine Milliarde Euro Steuergelder zu spendieren, damit Unternehmen Batteriezellen in Europa fertigen?

Im Elektroauto beträgt der Anteil der Batterie an der Wertschöpfung rund 30 Prozent. Es geht also um Hunderttausende von Arbeitsplätzen, die verloren gingen, wenn alle Batterien aus Asien kämen. Deshalb beschäftigt das Thema Batterie die Industrie seit vielen Jahren. Aber erst seit dem Start meiner Initiative kommen die Arbeiten in Schwung. Wir haben bereits zwei Konsortien, die vorangehen wollen. Es ist ein gutes Beispiel dafür, wie ich mir die Rolle von Politik und Wirtschaft vorstelle: Die Politik bietet Hilfeleistung an, und Unternehmen entscheiden, ob sie diese annehmen.

Ist es wirklich Ihre Vorstellung von Unternehmertum, dass Firmen erst loslegen, wenn der Staat mit einer Milliarde Euro winkt?

Der Staat sollte nur dort in Erscheinung treten, wo sehr viel auf dem Spiel steht, etwa bei revolutionären Technologien mit ihren disruptiven Folgen. Ein solcher Fall ist die Sicherung einer modernen Halbleiter- oder die Batteriezellproduktion. Vor vielen Jahren war es auch der Flugzeugbau durch Airbus. Manchmal ist eine Anschubfinanzierung notwendig, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze der Zukunft in zentralen Bereichen zu sichern. Und die Unternehmen machen es ja nicht, weil sie die Förderung unbedingt wollen ...

... dann könnten Sie die Milliarde ja sparen.

Nein. Die Bereitstellung des Geldes war das Signal, dass diese Technologie dem Staat wichtig ist. Das sorgt dafür, dass Firmen aktiv werden. Sie müssen drei Viertel der Investitionen selbst stemmen. Deshalb rechnen sie schon, ob sich das wirklich lohnt.

Viele Firmen wären allerdings glücklicher, wenn Sozialabgaben und Steuern sinken würden. Dafür fehlt angeblich Geld. Ist unser Sozialstaat zu üppig?

Wir haben einen Punkt erreicht, an dem die Sozialstaatsquote nicht mehr steigen kann, ohne dass die Wirtschaft Schaden nimmt. Wir dürfen deshalb in der Sozialpolitik keine ungedeckten Schecks ausstellen. Das ist in den Neunzigerjahren gemacht worden. Die Agenda 2010 war nichts anderes als die Rückkehr ▶

SCHWARZER PETER

Als Peter Altmaier 2018 das Wirtschaftsressort übernahm, galt er als Angela Merkels Mann für alle Fälle: Umweltminister, Kanzleramtschef, Flüchtlingskoordinator, Talkshow-Leibgarde. Wann immer die Kanzlerin einen Vertrauten brauchte, war der Saarländer zur Stelle. Im jetzigen Amt aber tut er sich schwer.

Trotzdem sagt die Frau, die bereits zu Kanzler Gerhard Schröders Zeiten Justizministerin war: „Es würde dem Wirtschaftsministerium guttun, wenn ein Amtschef mal länger bliebe und die Chance bekäme, das Haus sowohl nach innen als auch nach außen zu prägen.“ Auch das gehört zu den vielen Problemen: Ludwig Erhard war 14 Jahre im Amt, Peter Altmaier ist bereits sein 20. Nachfolger. Die durchschnittliche Verweildauer betrug seit dem Ende der Ära Erhard 1963 weniger als drei Jahre. Seit der Wiedervereinigung gab es fast doppelt so viele Wirtschafts- wie Finanzminister.

Entsprechend hatte keiner die Chance, das Ressort neu und anders zu prägen. Zu den Exfinanzministern Theo Waigel, Peer Steinbrück und Wolfgang Schäuble fällt politisch halbwegs Interessierten noch irgendetwas ein. Maastricht, 25 Prozent von x, die schwarze Null. Aber was haben noch mal Günter Rexrodt und Philipp Rösler erreicht?

Es verwundert nicht, dass jene zwei Wirtschaftsminister, die noch am ehesten in Erinnerung bleiben, Super-Ressorts vorstanden und für große Reformen stehen: Karl Schiller erfand in den Siebzigerjahren als Finanz- und Wirtschaftsminister die Globalsteuerung. Wolfgang Clement setzte in den 2000er-Jahren als Wirtschafts- und Arbeitsminister die umstrittenen Hartz-Gesetze mit durch.

Immer mal wieder hatte der Job allerdings das Image des Restpostens inne. Als nach den FDP-Politikern Martin Bangemann und Helmut Haussmann 1991 der Liberale Jürgen Möllemann ins Amt kam, spotteten die Beamten: „Bangemann, Haussmann, Möllemann – wann kommt denn endlich einmal ein Fachmann?“

Gerade weil das Wirtschaftsministerium mangels Kompetenzen und seiner unklaren Rolle so chronisch schwach ist, bräuchte es Ressortchefs, die chronisch stark sind. Also jemanden, der eine Linie vertritt. Der einen Rahmen setzen möchte. Der wirklich Lust hat, die Interessen der Wirtschaft in der Gesellschaft zu vertreten. Der den Gestaltungswillen besitzt, wichtige Themen voranzutreiben, von der ökonomischen Zukunft Deutschlands bis zur Reform des europäischen Wettbewerbsrechts.

Also einen wie Friedrich Merz?

Ach was. Solange die Zuständigkeiten blieben, wie sie sind, könnte auch er kaum etwas bewegen, würde wohl ebenfalls für Enttäuschung sorgen. Das geben gleich mehrere Exressortchefs zu bedenken. Die Gefahr der Entzauberung ist zu groß.

Ein politisches Schwergewicht als Wirtschaftsminister gibt es deshalb nur, wenn das Ressort selbst an Gewicht zulegt. Und umgekehrt. Wie aber müsste ein zeitgemäßes Wirtschaftsministerium aussehen?



Das Renaissance-Problem

Wenn Rainer Brüderle erzählt, was er als Wirtschaftsminister alles geschafft hat, reicht die Erfolgsbilanz vom effizienteren Mitteleinsatz hier bis zur Konsolidierung von Branchen dort. Allerdings meint der FDP-Mann damit nicht seine Zeit als Wirtschaftsminister im Bund, sondern seine fast zwölf Jahre währende Amtszeit in Rheinland-Pfalz. Dort war er in den Neunzigerjahren für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau zuständig. „Auf Landesebene ist es einfacher, zu reüssieren, weil man mehr und klarere Zuständigkeiten hat“, sagt Brüderle. „Deshalb sollte auch das Ministerium auf Bundesebene aufgewertet werden.“

Brüderle würde vor allem wichtige Kompetenzen, die einst abgewandert sind, zurückholen. Die Grundsatzabteilung wieder als Denkfabrik etablieren, die echte strategische Arbeit leistet und über die Wirt-

zur wirtschaftlichen Vernunft. Wir dürfen keinesfalls zulassen, dass die Sozialabgabenquote auf über 40 Prozent ansteigt.

Ist die von der SPD propagierte Grundrente ein ungedeckter Scheck?

Eindeutig ja, weil die Finanzierung weder aus Steuer- noch aus Beitragsmitteln darstellbar ist. Der Koalitionsvertrag sieht schon viel Geld fürs Soziale vor. Jetzt müssen wir sicherstellen, dass die Zukunft nicht zu kurz kommt. Die Grundrente muss seriös finanziert sein und auf die Bedürftigen konzentriert werden.

Klingt schön – und bedeutet konkret?

Es gibt keine Spielräume für neue konsumtive Ausgaben über den Koalitionsvertrag hinaus. Frei werdende Mittel müssen wir in Forschung und Entwicklung stecken – und dafür nutzen, um endlich Unternehmen und Arbeitnehmer zu entlasten.

Das will die Union durch eine Komplettabschaffung des Solis erreichen. Ist die noch realistisch?

Das Problem der Koalition besteht derzeit darin ...

... ein simples Ja oder Nein würde uns reichen.

Nein. Der derzeit diskutierte Plan führt dazu, dass 90 Prozent der Steuerzahler gar keinen Soli mehr zahlen, 10 Prozent aber weiter die Hälfte des Aufkommens schultern sollen. Das geht nicht. Der Soli wurde mit der Begründung „Starke Schultern tragen mehr“ ein-

geführt. Wenn man ihn jetzt abschafft, müssen auch alle davon profitieren. Und das geht auch.

Trotz der geringeren Spielräume im Haushalt?

Das Wirtschaftswachstum hat sich in der Tat verlangsamt, aber es liegt auch an uns, das zu ändern: Durch kluge Politik, die den Wirtschaftsstandort stärkt. Es ist möglich, ab 2021 alle zu entlasten, ohne den Bundesetat zu überfordern. Das setzt allerdings mehr Disziplin bei konsumtiven Ausgaben voraus. Und wir müssen jetzt schon den weiteren Entlastungspfad festlegen, der zur Komplettabschaffung des Solis führt. Hierzu werde ich ein konkretes Modell mit Zahlen und Fakten präsentieren.

Bleiben wir beim Thema Belastung: Wann kommt eigentlich der versprochene Strompreis-Gipfel?

Wenn der Finanzminister entschieden hat, wie er mit den Empfehlungen der Strukturwandel-Kommission im Rahmen des Kohleausstiegs umgeht. Für mich ist aber schon jetzt klar: Weitere Anstiege des Strompreises, sei es durch die Energiewende oder den Klimaschutz bedingt, darf es nicht geben.

Das können Sie versprechen?

Das kann ich fordern. Weil der Wirtschaftsminister weder die Gesetze macht noch allein beschließt.

Ist die CO₂-Steuer ein geeignetes marktwirtschaftliches Instrument für mehr Klimaschutz?

Vater der Industriewirtschaft?

Peter Altmaier stellt sich der Kritik an seinen wirtschaftspolitischen Vorstößen – und wirbt für eine produktive Debatte

schaftspolitik der Regierung wacht. Auch in der Aufsicht über Banken und Versicherungen sowie in der Europapolitik müsse das Haus Kompetenzen zurückerobern.

Europa, ja, das wäre ein ideales Thema für die Neubegründung des Ressorts, findet auch Sigmar Gabriel. Zuständig für den EU-Haushalt, vielleicht sogar für den Euro.

Helmut Haussmann, der Minister aus der Wendezeit, sagt: „Man muss das Wirtschafts- zum Mittelstandsministerium ausbauen.“ Die Konzerne bräuchten meistens nicht die Hilfe der Politik, die Mittelständler und Handwerksbetriebe umso mehr. Haussmann schwebt ein Ressort vor, das sich von der angewandten Forschung bis zur Strukturpolitik um die wesentlichen Fragen kümmert. Und das bei der Steuerpolitik ein Veto-recht erhält, um Firmen vor zusätzlichen Belastungen zu schützen.

Und der amtierende Minister, wie steht der zu allem?

Mittwoch vergangener Woche. Peter Altmaier nimmt sich Zeit für ein paar grundsätzliche Gedanken. Natürlich, sagt er, Erhard bleibe unerreicht, unerreichbar: „Es gibt keinen Wirtschaftspolitiker der Nachkriegszeit, der einen so bleibenden Eindruck hinterlassen hat.“

Man merkt, wie sehr ihn die harschen Reaktionen auf seine Industriestrategie noch immer bewegen. Wie sehr ihn wurmt, dass sich seine Kritiker dabei stets auf Ludwig Erhard bezogen. Wie sehr er hofft, eines Tages nicht mehr für manche vorschnelle Antwort gerügt, sondern für die richtigen, weitsichtigen Fragen gelobt zu werden.

Darüber hinaus wird immer wieder deutlich, wie wenig Raum zum freien Manövrieren er hat.

Energiekosten senken? Muss er mit dem Finanzminister klären.

Bürokratieabbau? Brächte erst Zählbares, wenn die Kabinettskollegen lieferten.

Unternehmenssteuern runter und Sozialabgaben deckeln? Kann er fordern, aber nicht durchsetzen.

Eine spürbare Aufwertung des Wirtschaftsministeriums und an der Spitze einen Amtschef, der mit dem Finanzminister auf Augenhöhe spielt – das wäre wohl die beste Lösung für Erhards Erben.

Eine Lösung. Und ein Traum.

Die Bereitschaft der anderen Minister dürfte sich in engen Grenzen halten. Die meisten von ihnen kämpfen schon jetzt um jedes noch so kleine bisschen Aufmerksamkeit. Nur ein starker Kanzler könnte das durchsetzen.

Vielleicht also doch die radikale Alternative? „Man sollte sich endlich ehrlich machen, das Haus vom Feigenblatt der Ordnungspolitik befreien und es offiziell zu dem machen, was es längst ist: ein Wirtschaftsförderungsmuseum für alle Sektoren.“ Das sagt nicht irgendwer, sondern ein langjähriger Spitzenbeamter, ein bekennender Ordnungspolitiker.

Er ist kein Sarkast. Sondern Realist.

Und wer bewirtschaftet dann das Erbe Erhards? Seine Antwort ist deutlich: das Finanzministerium. „Es verfügt als einziges Ressort über die Macht, Ordnungspolitik durchzusetzen.“

Es scheint, als müsse Peter Altmaier jetzt ganz stark sein. ■



Wir müssen die Klimaziele 2030 einhalten: Im Bereich der Stromerzeugung klappt das, bei der Industrie wahrscheinlich auch. In den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft sind wir noch weit davon entfernt. Trotzdem dürfen wir nicht als Erstes wieder nach neuen Steuern rufen.

Aber ist es nicht unredlich zu suggerieren, Klimaschutz sei mehr oder weniger kostenlos zu haben?

Das würde ich nie tun. Trotzdem habe ich bei einer CO₂-Steuer Bedenken im Hinblick auf die Verteilungswirkung. Wenn man zum Beispiel das Schweizer Modell nimmt ...

... bei dem der Staat durch höhere Energiekosten mehr einnimmt, aber am Jahresende an alle Bürger eine Kopfprämie ausschüttet ...

... das ist der Punkt: Alle bekommen die gleiche Entlastung, haben aber unterschiedliche Entlastungen. Es kommt zu einer Umverteilung von ländlichen Regionen in städtische Ballungszentren, weil die Leute in der Stadt mehr Möglichkeiten haben, CO₂ zu sparen, etwa indem sie mit dem Rad zur Arbeit fahren.

Kennen Sie einen besseren Vorschlag?

Je marktwirtschaftlicher wir es organisieren, desto besser lässt sich die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie herstellen. Für mich ist entscheidend, dass wir Anreize schaffen – und nicht neue Belastungen. ■